DEMO CRACY

DISCUSSION PAPER

August 2018

Hanno Burmester

Wettstreit der Weltbilder

Sechs Impulse zur Erneuerung der liberalen Demokratie

Das Vertrauen in westliche Demokratien schwindet rapide. Seit Jahrzehnten versäumen sie es, sich an veränderte gesellschaftliche Umfelder in einer transformierten Welt anzupassen. Dieser Text blickt in sechs Perspektiven auf den Diskurs zu demokratischer Innovation. Er plädiert dafür, Transformation als demokratische Kernaufgabe zu verstehen. Wenn wir die Werte – und damit den Wesenskern – der liberalen Demokratie bewahren möchten, brauchen wir Diskurse, die aktiv mit dem Kommenden umgehen, anstatt primär das Bestehende zu bewahren.

1. Der Zweifel im Inneren

Jahrzehntelang verbreitete sich die liberale Demokratie in der Welt. Heute ist sie im Kern bedroht. Illiberale und antipluralistische Kräfte stellen die Europäische Union von innen heraus grundsätzlich in Frage. Regierungen wie in Ungarn oder Polen konterkarieren die Werte, auf denen die Union gegründet wurde. In Österreich und Italien sind illiberale Kräfte an den Regierungen beteiligt. Die rechtspopulistische Gefahr ist mit dem Verzweiflungssieg Emmanuel Macrons keineswegs gebannt.

Auch von außen her gerät das liberale Modell unter Beschuss. Europas wichtigste Nachbarn, insbesondere die türkische und die russische Regierung, greifen die liberale Demokratie frontal an und bauen ihre Staaten um

– illiberal, autokratisch. Das geschieht im Namen der Demokratie und mit Hilfe demokratischer "Werkzeuge". Der sklerotische Zustand der US-Demokratie findet sein ultimatives Symbol in der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten. Trumps anti-etatistische, anti-politische und anti-pluralistische Regierung untergräbt die demokratischen Werte, die das Land jahrzehntelang nach außen hin propagiert hat.

Liberale demokratische Kräfte reagieren auf diese Herausforderung keineswegs couragiert, optimistisch, mobilisierend. Sie wirken wie gelähmt, gefangen in den Rhetoriken und Handlungsweisen der Vergangenheit. Das liegt in fundamentalen Zweifeln begründet, ob die

liberale Demokratie heute überhaupt noch in der Lage ist, ihre weitreichenden Versprechen einzulösen. Gleichheit, soziale Mobilität, Wohlstand – hehre Worte, die spätestens seit der Finanzkrise auf Millionen wirken wie blanker Hohn.

Die Klimakatastrophe und globale Migration zeugen von einer systemischen Unfähigkeit der liberalen Demokratie, wirkungsvoll und langfristig auf die von ihr selbst verursachten, existenziellen Herausforderungen zu reagieren. Nicht ohne Grund bezweifeln BürgerInnen die Tauglichkeit des politischen Systems insgesamt. Sie misstrauen ihren Regierungen, Parlamenten und Parteien hinsichtlich der Fähigkeit, die richtigen Antworten für heutige und künftige Herausforderungen zu entwickeln.

Von Innen heraus wirkt die liberale Demokratie zunehmend ausgehöhlt, bedingt durch Misstrauen und tiefe Frustration in immer größeren Bevölkerungskreisen. Die Entfremdung vom Politischen greift bis weit in den Kern westlicher Gesellschaften; nicht nur Schichten, die wirtschaftlich und politisch entkoppelt sind, sorgen sich um ihre Zukunft. Gleiches gilt in zunehmendem Maß für diejenigen, deren Lebenssituation von außen betrachtet komfortabel scheint. Diese um sich greifende Unsicherheit ist Symptom für eine fundamentale Vertrauenskrise; es fehlt an Vertrauen in die Lösungskompetenz der demokratischen Institutionen. Das Misstrauen richtet sich nicht nur auf die Ergebnisse des heutigen politischen Prozesses, sondern auf den Prozess selbst. Entsprechend groß scheint die Sehnsucht nach Alternativen, ob es nun neue ökonomische und politische Paradigmen oder illiberale Populisten sind.

"Faktisch agieren gerade die zentristischen Parteien links und rechts der Mitte als konservative Parteien."

Etablierte politische Kräfte finden sich in dieser Situation kaum zurecht. Faktisch agieren gerade die zentristischen Parteien links und rechts der Mitte als konservative Parteien. Zu neuen gesellschaftlichen Visionen sind sie unfähig, meist auch nicht willens. Zeitgleich sind sie verletzt und verängstigt von der massiven Verachtung, Wut und Frustration, die ihnen täglich entgegenschlägt. In dieser Gemengelage finden neue politische Kräfte leicht

öffentlichen Rückenwind; es bilden sich rechts, links und in der Mitte neue Parteien, die trotz – oder wegen – ihrer skizzenhaften Programme, improvisierten Organisationen und ihres eklektischen Personaltableaus politische Erfolge verbuchen.

In dieser Situation genießen illiberale Kräfte Zuspruch. Sie behaupten, sie wüssten, wie sich eine fragile Welt wieder kontrollieren lasse. Der Kern ihrer Attraktivität liegt in ihrem behaupteten Willen, das Primat des Politischen durchzusetzen, den Parteien der Mitte in den Augen vieler BürgerInnen bereitwillig aufgegeben haben¹.

"Die Attraktivität der illiberalen Kräfte liegt in ihrem behaupteten Willen, das Primat des Politischen durchzusetzen."

Der Aufstieg illiberaler Gegenmodelle bedroht die liberale Demokratie fundamental. Schließlich verbirgt sich im Kern des Illiberalen der Wille, Kernbestandteile der liberalen Demokratie – wie Gewaltenteilung, Pressefreiheit oder Pluralismus – nachhaltig zu schädigen. Gleichzeitig birgt diese Situation aber auch die Gelegenheit, die Demokratie zukunftsfähig zu machen. So unbequem der illiberale Druck auf die Demokratie auch sein mag, so facht er doch auch Veränderungswillen an. Die illiberale Bedrohung stärkt die politische Bereitschaft, sich mit Vorschlägen zu demokratischer Innovation auseinanderzusetzen. Es wächst die Einsicht, dass der Bedarf für eine fortwährende Transformation den Kern einer starken Demokratie ausmacht.

Der Wettstreit zwischen liberalen und illiberalen Konzepten ist real. Wem daran gelegen ist, dass sich das Liberale durchsetzt, der muss sich jetzt an die Arbeit machen, Demokratie neu zu gestalten. Den Status quo zu verteidigen ist keine Option – insbesondere nicht für diejenigen, die sich selbst als progressiv bezeichnen.

¹ S. auch das Empfehlungspapier des Thinking Lab on Populism im Rahmen des europäischen Projektes Dialogue on Europe: http://dialogue-on-europe.eu/policy-brief-on-populism

2. Neue Paradigmen, verschobene Welten

In den vergangenen Jahrzehnten sind im Westen neue Weltbilder entstanden. Sie stellen ehemals hegemoniale Paradigmen grundsätzlich infrage. Daraus ergeben sich Antagonismen, die den Kern vieler unserer heutigen gesellschaftlichen und politischen Kämpfe ausmachen.² Nur wenn wir uns dieser Trennlinien bewusst sind, können wir ein Gespräch über die Zukunft der Demokratie führen, das über polarisierende Entweder-oder-Debatten hinausgeht.

PARADIGMENWECHSEL I: OBJEKTIVISMUS GEGEN KONSTRUKTIVISMUS // WAHRHEIT GEGEN PERSPEKTIVWECHSEL

Aufklärung und Moderne haben uns das Paradigma des Rationalismus gebracht. Der Glaube an objektives, rationales Denken und die Möglichkeit, "die Wahrheit" herauszufinden, hat den modernen politischen Diskurs entscheidend geprägt.

Mittlerweile wissen wir, dass es ebenso viele Wirklichkeiten wie Menschen gibt – sie sind sozial konstruiert. Die Systeme, auf die wir unsere Gesellschaften bauen – Macht, Gesetze, Geld etc. – sind menschengemacht. Nur unser Glaube an ihre Wirklichkeit ermöglicht ihre Existenz. Wir erschaffen die Realität täglich neu. Darin liegt der maßgebliche Handlungsspielraum von uns Individuen. Wir sind frei, für die Realität zu arbeiten, die wir wollen.

Hierin liegen gewaltige Potenziale, etwa was die Re-Definition fluider Begrifflichkeiten wie Nation angeht oder die Frage, wie sich wieder Alternativen in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen lassen. Zugleich ist das Verblassen allgemein akzeptierter Fakten als Bezugspunkte gesellschaftlicher Debatten eine elementare Gefahr für die Gestaltung demokratischer Gesellschaften.

PARADIGMENWECHSEL II: MASCHINISTISCHES DENKEN GEGEN SYSTEMISCHES DENKEN // KOMPLIZIERT GEGEN KOMPLEX

Die Moderne war geleitet von der Überzeugung, man könne Dinge verstehen und steuern. Systeme – technische wie gesellschaftliche – galten als vorhersag- und somit steuerbar: Handlung A führt zu Ergebnis B, sofern ausreichend detaillierte Kenntnisse der Wechselwirkungen aller Systemkomponenten vorhanden waren. Diese lineare Denkweise beherrscht heute noch unsere Sicht auf die Steuerungsfähigkeit von Gesellschaften, Organisationen und Menschen.³

Zeitgleich verbreitet sich zunehmend die Erkenntnis, dass sich soziale Systeme selbst dann nicht gänzlich steuern lassen, wenn wir jedes ihrer Elemente kennen. Menschen verhalten sich unvorhersehbar und irrational. Gleiches gilt für jedes soziale System. Die Dynamiken zwischen interdependenten Teilen komplexer Systeme lassen sich bestenfalls annähernd vorhersagen.

Nimmt die Komplexität zu, wie es derzeit in unserer Welt der Fall ist, treten ungeplante und unvorhergesehene Änderungen immer häufiger auf. Dies hat enorme Folgen dafür, wie wir (politische) Führung und ihre Möglichkeiten definieren. Gleiches gilt für unser systemisches Bewusstsein hinsichtlich der (gewollten und ungewollten) Folgen politischen Entscheidens.

PARADIGMENWECHSEL III: WANDEL ALS AUSNAHME GEGEN WANDEL ALS DAUERHAFTER PROZESS // STAGNATION GEGEN FLUIDITÄT

In der historischen Ausnahmeepoche nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten Millionen von Menschen das Privileg, sich zu entscheiden, in welchem Grad sie Veränderung als Bestandteil ihres Lebens akzeptierten. Für einige Jahrzehnte waren organisatorische und gesellschaftliche Systeme ungewöhnlich stabil – im historischen Vergleich eine krasse Ausnahme. Dennoch genügte diese Ausnahmezeit, um eine Denkweise zu etablieren, der zufolge Veränderungen die Ausnahme sind, anstatt

² Die folgenden Aspekte verdanken sich zum Teil Gesprächen innerhalb des internationalen Netzwerks des Berliner Cocreation.Loft, insbesondere mit den Initiativen von Tomas Björkman.

³ Capra, Fritjof/Luisi, Pier Luigi: The Systems View of Life. A Unifying Vision, Cambridge 2014; insbes. Einleitung und Teil I.

Stabilität als außergewöhnlich zu erkennen. Diejenigen, die wenig Veränderung wünschten, konnten einen sicheren Arbeitsplatz mit stabilem Einkommen wählen, inklusive eines sozialen Umfelds, das Konzepte wie "lebenslanges Lernen" als bloße Idee verstand, nicht als Lebensnotwendigkeit.

In der Geschichte der Menschheit ist Wandel die Regel, nicht die Ausnahme.

Heute greift das Bewusstsein um sich, dass der Wandel die Regel ist, nicht die Ausnahme. Stagnation ist anormal in einer Umwelt, die sich unentwegt wandelt und neu organisiert. Viele wissenschaftliche Erkenntnisse – etwa hinsichtlich der unentwegten Erneuerungszyklen unseres Körpers oder der Fähigkeit, neuronale Verknüpfungen ein Leben lang neu zu formen – bestärken ein hochgradig fluides Verständnis allen Lebens.⁴ Die sich beschleunigende Klimakatastrophe und die steigende Zahl von Schockereignissen geht Hand in Hand mit einem zunehmenden Verständnis dafür, dass wir als Menschen nicht voneinander isoliert sind, sondern dass schlussendlich alles mit allem zusammenhängt.

PARADIGMENWECHSEL IV: MATERIALISMUS GEGEN POSTMATERIALISMUS // SICHERHEIT GEGEN WOHLBEFINDEN

Seit der Moderne richtet unsere Gesellschaft ihren Fokus vor allem auf das Objektivierbare, Materielle. Daraus resultiert ein intensiver Fokus auf die Akkumulation materieller Besitztümer. Folglich kümmert sich Politik primär darum, einen Rahmen zu schaffen, in dem materieller Wohlstand entstehen und umverteilt werden kann. Dieser Fokus errang nach Ende des Zweiten Weltkrieges hegemonialen Status im Westen – die liberale Demokratie erlangte ihre Akzeptanz vor allem durch die massiven Wohlstandszuwächse über alle sozialen Schichten hinweg.

Immer mehr Menschen empfinden diesen Fokus nicht nur als ungenügend, sondern als gefährlich. Wenngleich eine Wechselwirkung zwischen Wohlbefinden und materiellem Reichtum besteht, ist Letzterer dennoch nur eine von vielen Dimensionen, die für ein gutes, reichhaltiges Leben unabdingbar sind.⁵ Verbundenheit und persönliche Entwicklung beispielsweise sind hoch bedeutsam für menschliches Lebensglück – spielen für die Entscheidungen von und in politischen und öffentlichen Institutionen jedoch keine ähnlich übergeordnete Rolle wie materielle Erwägungen.

Daraus entspringt die Frage, wie Politik und Gesellschaft das hegemoniale materialistische Paradigma transzendieren können. Wie können die menschlich und gesellschaftlich relevanten Teile des Materialismus erhalten bleiben, während der politische Fokus umschwenkt auf eine integrierte, menschen- und umweltzentrierte Perspektive?⁶ Wie muss eine Demokratie aussehen, die menschlicher Verbundenheit und individuellem und kollektivem Wachstum ebenso viel Aufmerksamkeit widmet wie dem Erhalt materiellen Wohlstands?

PARADIGMENWECHSEL V: NATIONAL GEGEN INTERNATIONAL // KOMMUNITARISTISCH GEGEN KOSMOPOLITISCH

Nationalstaaten, auf Identität und somit Exklusion begründet, wurzeln in einer Geschichte der Gewalt. Nach wie vor ist unsere individuelle und kollektive Identität stark durch sie geprägt. Das Nationale beeinflusst maßgeblich, was Millionen zu "sein" glauben.

Globalisierung und Internationalismus sind für Millionen Menschen eine Bedrohung ihrer Identität, oft empfunden als tägliche Last. Millionen verfluchen offene Grenzen, stellen sich gegen Vielfalt als positives Zielbild und sehnen sich nach einem Leben in geborgener, stetiger Gemeinschaft.

Zeitgleich genießen erhebliche Teile der Gesellschaft das kosmopolitische Leben, geprägt durch eine Vielfalt an Lebensstilen, Kulturen und Hintergründen. Teile der jüngeren Generationen in Europa fühlen sich in erster Linie

⁴ Capra/Luisi 2014; Teil II.

⁵ Bucher, Anton: Psychologie des Glücks. Ein Handbuch, Basel 2009, S. 84–88.

⁶ Siehe bspw. Daniel Pinks Trias – Sinn, Kompetenz und Autonomie –, die auf Erkenntnissen der Selbstbestimmungstheorie und der Evolutionspsychologie fußt. Pink, Daniel: Drive. The surprising truth about what motivates us, New York City 2009.

Europa, nicht einem Nationalstaat verbunden.⁷ Die Globalisierung mag bei ihnen hitzige politische Debatten auslösen. Und doch halten viele die von ihr katalysierten kosmopolitischen Lebensstile und Perspektiven für den großen Gewinn unserer Zeit.

PARADIGMENWECHSEL VI: FORDISTISCH-VERTIKAL GEGEN KOLLABORATIV-HORIZONTAL // FLASCHENHALS GEGEN AGIL

Organisationen werden derzeit von einer stillen Revolution erfasst. Top-down-Strukturen mit ihrer Unterteilung in Entscheiden und Erledigen werden immer häufiger von Logiken herausgefordert, die sich auf die Netzwerkorganisation beziehen. Diese begreift sich als kollaborativhorizontal und setzt stark auf bewusste Dynamiken der Selbstorganisation. Angetrieben wird dieser Wandel von den grundlegenden Logiken des Netzes, die jüngere Generationen viel stärker geprägt haben als ältere. Horizontale Kollaboration, ein hoher Grad an Agilität und flache Hierarchien verkehren die im Fordismus gelernten Dynamiken von Führung und Selbstführung fundamental.⁸

"Was uns trennt ist die Frage, wie wir auf (...) Wandel blicken und mit ihm umgehen."

Diese sechs skizzierten Paradigmenwechsel vollziehen sich in immer breiteren Teilen der Gesellschaft:9 weg von fordistischen Organisationsprinzipien, hin zu kollaborativeren Arbeits- und Organisationsmodellen; vom Materialismus zu Postmaterialismus; vom mechanistischen Lösungsansatz zum systemischen Lösungsverständnis... Diese Bewegung löst erhebliche Gegenwehr bei den Anhängern der bislang hegemonialen Weltsichten aus. Tatsächlich können wir die gesellschaftlichen Kernkonflikte – vom Umgang mit Flüchtlingen über die Antwort auf Globalisierung bis hin zum Wandel der Arbeitswelt

7 Siehe Standard Eurobarometer 86, Herbst 2016, S. 17.

- meist anhand der diskursiven Linien beschreiben, welche die oben genannten Paradigmen trennen. Die Welt verändert sich; das trennt uns nicht. Was uns trennt ist die Frage, wie wir auf diesen Wandel blicken und mit ihm umgehen.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns die verschiedenen Weltsichten und mentalen Modelle bewusst machen, die uns heute als Gesellschaft prägen. Schließlich lassen unterschiedliche Werteordnungen und mentale Modelle einzelne Menschen ebenso wie Gruppen von Menschen sehr unterschiedlich wahrnehmen, fühlen, denken, sprechen und handeln. Ein Mensch der meint, Realität lasse sich objektivieren; ein Mensch, der denkt, komplexe politische Aufgaben ließen sich mit einzelnen technischen Maßnahmen meistern; der überzeugt ist, nur zentralistische, autoritäre Instanzen könnten große Probleme lösen – dieser Mensch blickt auf ganz eigene Weise auf die Ereignisse, die uns heute beschäftigen. Wer hingegen steten Wandel bejaht, alles für wechselseitig voneinander abhängig und für unkontrollierbar hält und bei komplexen Aufgaben die Mitwirkung vieler als notwendig erachtet, pflegt einen gänzlich anderen Blick und plädiert absehbar für sehr andere Lösungsansätze als erstere Person.

Die Konflikte, die aus solch gegensätzlichen Paradigmen und Denkweisen entspringen, haben tiefgreifende Konsequenzen für unsere Entwicklung als demokratische Gesellschaft - und wie wir die Herausforderungen beurteilen, vor denen wir stehen. Wer die heutige demokratische Vertrauenskrise als technische Herausforderung betrachtet, tendiert schnell zur Ansicht, es sei möglich, demokratische Prozesse und Strukturen zu "reparieren", um Vertrauen und somit Legitimität zurückzugewinnen. Dieser Zugang beinhaltet nicht die Auseinandersetzung mit den Weltbildern und Verhaltensmustern, die den Herausforderungen zugrunde liegen. Wer die gegenwärtige Lage hingegen als adaptive Herausforderung betrachtet, geht davon aus, dass Strukturen und Prozesse nur dann verändert werden können, wenn diejenigen, die diese Systeme mit Leben füllen, selbst bereit sind, sich im Zuge der Transformationsbemühungen zu verändern. Hier geht es also um die Bereitschaft, sich als Teil der gesellschaftlichen Veränderung zu begreifen, und somit selbst in Frage zu stellen.

⁸ Siehe bspw. Laloux, Frédéric: Reinventing Organizations. A Guide to creating Organizations inspired by the next Stage of Human Consciousness, Brüssel 2014.

⁹ Bezgl. individuellen und kollektiven Werte- und Bewusstseinswandels sei auf Entwicklungsmodelle wie jene des Psychologen Robert Kegan oder des Evolutionsbiologen Clare Graves verwiesen.

Es geht letztlich um die Notwendigkeit, die grundlegende Logik und die Prinzipien, die den Grundmechanismen unseres heutigen Systems zugrunde liegen, zu evaluieren und an eine veränderte Umwelt anzupassen. Nur wenn wir die mentalen Modelle und impliziten Grundannahmen infrage stellen, mit denen wir auf die Welt blicken, werden wir die Erneuerung der Demokratie wirksam und langfristig erfolgreich betreiben können.¹⁰

3. Der Bedarf an grundlegend neuen Architekturen

Das Wiedererstarken illiberaler Regime und Parteien und das Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen sind bloße Symptome der Demokratiekrise. Das Kernproblem liegt in der Unfähigkeit heutiger Demokratien, effektiv auf Änderungen des politischen Umfelds zu reagieren. Die Art und Weise, wie Politik und Verwaltung arbeiten, trägt nicht zur effektiven Antwort auf die existenziellen Herausforderungen unserer Zeit bei – sondern macht diese Antwort unmöglich. Die adaptiven Herausforderungen von heute erfordern adaptive Institutionen und Prozesse. Zeitgleich müssen wir konstatieren, dass wir mit staatlichen Institutionen zu tun haben, die einem technisch-mechanistischen Lösungsansatz folgen.

"Das Kernproblem liegt in der Unfähigkeit heutiger Demokratien, effektiv auf Änderungen des politischen Umfelds zu reagieren."

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Welt und unser Alltag massiv gewandelt – auch infolge politischer Entscheidungen. Ein gewöhnlicher Arbeitstag des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich grundlegend von einem

10 Jüngste Beiträge wie David van Reybroucks "Against Elections" oder Jason Brennans "Against Democracy" zeigen, dass es in der öffentlichen Debatte eine zunehmende Bereitschaft für Prozessreformen abseits des Inkrementellen gibt. Diese Diskussionen müssen verstärkt stattfinden, da sie sicherlich zu substanzielleren Ergebnissen führen als Diskussionen über vereinzelte Nachbesserungen demokratischer Prozesse.

in den 1980ern oder 1990ern. Internationale Zusammenarbeit, starke Abhängigkeit von immer wieder neuen Marktbedingungen und völlig neue Arten, zu kommunizieren und zu entscheiden prägen unseren Alltag. Selbst die fundamentalsten organisatorischen Paradigmen des Fordismus – etwa die klassische Top-down-Hierarchie – verlieren zunehmend an Geltung und werden durch andere Modelle ersetzt.

So gesehen verblüfft es, wie wenig politisches Entscheiden und Verwalten sich in der gleichen Zeit geändert haben. Während Gesellschaften sich immer rascher wandeln, scheinen Politik und Verwaltung einer Logik inkrementellen politischen Handelns verhaftet zu sein. Zwar haben Regierungen, Parlamente, Parteien und Verwaltungen organisatorisch einiges reformiert, doch ihre Grundsätze und Strukturen, die sich Ende des 19. (Ministerien) bzw. Mitte des 20. Jahrhunderts (Parteien) herausbildeten, sind weit weniger mit der Zeit gegangen als die Gesellschaften, für die sie bestimmt sind. "

Auf der Metaebene betrachtet: Die Grundkonzepte, wie Politik das gute Leben der Bürger begünstigen kann, welchen Zweck Parteien haben oder wie die Verwaltung der Gesellschaft am besten dient, sind gleich geblieben, obwohl sich die Gesellschaft national wie international grundlegend gewandelt hat. Folglich sind Parteitage, der Arbeitsalltag in Ministerien oder parlamentarische Beratungen eher auf dem Stand von 1960 als 2018. So überrascht es auch nicht, dass diese Institutionen kaum mehr auf Veränderungen des Umfelds reagieren können und ständig gezwungen sind, sich über formale Prozesse und Kompetenzen hinwegzusetzen, um – und sei es auf informellem Wege – zu Lösungen kommen zu können.

"Wandel bedeutet, gewohnte Muster zu erkennen, zu verlernen und im Rahmen dieses Prozesses Unsicherheiten zu ertragen."

¹¹ Hinsichtlich ausführender Organe und demokratischer Prozesse: Smith 2009; hinsichtlich politischer Parteien: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederparteien, Opladen 2009; Burmester, Hanno/Pfaff, Isabella (Hg.): Politik mit Zukunft. Zehn Thesen für eine bessere Bundespolitik, Wiesbaden 2013.

Da Politik in den nächsten Jahren noch komplexer und volatiler werden dürfte, müssen wir dringender denn je diskutieren, wie wir demokratische Institutionen anpassungsfähig und somit widerstandsfähiger gestalten können. Da sie seit ihrer Entstehung weitgehend unverändert geblieben sind,¹² fehlt es ihnen an Parametern, Strukturen und Kompetenzen, mit denen sich in dem Umfeld von heute und morgen erfolgreich agieren lässt. Dies gilt für supranationale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder die Transformation hin zu einer sozialen digitalen Ökonomie, wie auch für die alltäglichen Fragen des Politikmachens, Regierens und Verwaltens.

Wandel bedeutet, gewohnte Muster zu erkennen, zu verlernen und im Rahmen dieses Prozesses Unsicherheiten zu ertragen. Das mag sich riskant anfühlen. Viel riskanter als proaktive Transformation ist es heute jedoch, nichts zu verändern. Nehmen wir politische Parteien und ihre Organisationsweise als Beispiel. Sie passen sich nicht an die vielfältige Gesellschaft von heute an, und damit nicht an die Engagementwünsche und -bedürfnisse potenzieller Freiwilliger. So erzeugen sie wissentlich ein Vakuum, das leicht von neuen, den Paradigmen des 21. Jahrhunderts folgenden Akteuren besetzt wird. Die Erfolge von Parteien wie Podemos, Movimento Cinque Stelle oder Alternativet zeigen: Experimentier- und digitalisierungsfreudige Prinzipien der Selbstorganisation sind attraktiv und mobilisieren tausende Engagierte. Althergebrachte Parteien müssen von diesen Beispielen lernen, selbst wenn manche neue Partei schnell verblühen mag; früher oder später werden politische Akteure das Feld betreten, die zeitgemäße Organisation, Programmatik und Personal zusammenbringen. Je länger die etablierten Parteien wissentlich ein Vakuum für derartige disruptive Wettbewerber offen halten, desto größer das Risiko, auf kurz oder lang organisatorisch vernichtet zu werden; siehe die Parti Socaliste in Frankreich.

Hierbei entscheidend: Niemand garantiert, dass die disruptiven Wettbewerber liberale Kräfte sein werden, gerade in sozialen und ökonomischen Krisenzeiten. Umso wichtiger, dass die liberalen gesellschaftlichen Kräfte jetzt schnellstmöglich ihre Hausaufgaben machen. Tun sie dies nicht, sind sie die Steigbügelhalter der illiberalen Regierungen von morgen.

12 Unter den Ausnahmen fällt vor allem die Schaffung des ESM nach dem finanziellen Zusammenbruch 2008 und der folgenden Schuldenkrise ins Auge. Anders als Parteien müssen staatliche Organisationen keine unmittelbare Konkurrenz in Form neuer Wettbewerber fürchten. Dennoch schafft ihr Unwille zur Anpassung an geänderte Umgebungen Leerstellen, die mobile, transnationale Akteure besetzen und ausnutzen. Man denke an globale Konzerne, die Akteure der globalen Finanzmärkte oder die Monopolisten der digitalen Welt. Das zeitlupenartige Entwicklungstempo der liberalen Demokratien lässt sie schwach und müde wirken. Das wiederum mehrt Misstrauen und mindert Legitimität.

Umso wichtiger, dass wir die mentalen Modelle, Strukturen und Prozesse unserer demokratischen Institutionen überdenken:

- Welche politischen Institutionen sind angesichts der heutigen globalen Abhängigkeiten und Verflechtungen erforderlich – und wie können wir ihre wirkungsvolle Zusammenarbeit auf post-nationaler, nationalstaatlicher und zwischenstaatlicher Ebene gewährleisten?
- Wie können wir den Sinn zentraler Institutionen wie Parteien und Parlamente so re-definieren, dass ihr Wesenskern und ihr Wirken zu den fundamentalen Bedürfnissen heutiger Gesellschaften passen?
- Wie müssen demokratische Institutionen in Zeiten von Komplexität und Volatilität konstruiert sein, um responsiv, adaptiv und antifragil zu sein?¹³
- Wie können die Grundmuster der Selbstorganisation und Agilität auf politische Organisationen übertragen werden?
- Wie lassen sich demokratische Institutionen so umgestalten, dass sie die herausragendsten Nachwuchskräfte an sich binden und dauerhaft halten? Wie können politische und staatliche Einrichtungen ihre Arbeitsumfelder so gestalten, dass sie den Besten der Besten ein hervorragendes Arbeitsumfeld bieten?

¹³ Siehe Taleb, Nassim Nicholas: Antifragile. Things that gain from disorder, New York 2012.

4. Jenseits der Prozessinnovation

Die akademische und öffentliche Debatte über demokratische Innovation ist stark fokussiert auf Mechanismen der direkten Partizipation und neue Arten öffentlicher Deliberation. Wir konzentrieren uns also vor allem auf die Veränderung des demokratischen Prozesses, wenn wir über demokratische Innovation sprechen. Befürworter direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten meinen, die Einführung direktdemokratischer Abstimmungen, geloster Bürgerversammlungen und anderer Maßnahmen könne helfen, die demokratische Krise zu bewältigen.

Der Diskurs über direkte Partizipation und Deliberation nahm seit den 1960ern und 1970ern Fahrt auf. Zu dieser Zeit ließen sich die meisten politischen Herausforderungen auf nationaler Ebene meistern. Stärkere Bürgerbeteiligung bei größerer Transparenz und Rechenschaftspflicht war da der plausible nächste Schritt für westliche Demokratien. Seither wurden viele sinnvolle Vorschläge in die öffentliche Debatte eingebracht. Umgesetzt wurde wenig. Gleichzeitig hat sich seit den 1970er Jahren das gesellschaftliche Umfeld fundamental verändert, und mit ihm die politischen Herausforderungen, vor denen Demokratien heute stehen. In diesem Kontext ist es erstaunlich, dass sich die zentralen Hypothesen und Hoffnungen der Befürworter direkter Demokratie kaum gewandelt haben.¹⁵

Gleiches gilt für die allgemeine Debatte über Neuerungen der Demokratie. Sie kreist traditionell vor allem um die Verbesserung demokratischer Prozesse im bestehenden Rahmen – eine neue App hier, ein neu designter Gesetzgebungsprozess da. Dahinter liegt ein mechanistischer Lösungsansatz, wie er in den 1960er und 1970er Jahren hegemonial war; die demokratischen Herausforderungen werden als technisches Problem verstanden. Es wird angenommen, der demokratische Prozess lasse sich gleich

einer Maschine durch einige Reparaturen und Updates wieder flottmachen. Anders gesagt: es wird geglaubt, die Einführung direkter Partizipations- und Beratungsformen genüge, um die Demokratie zu retten.¹⁶

"(Wir) müssen (...) den Rahmen überdenken, in dem wir Demokratie und ihre Erneuerung denken."

Viele Ideen im Bereich der Bürgerbeteiligung und neuer Partizipationsformen mögen sinnvoll sein. Gleichzeitig sollte die Debatte um demokratische Innovationen nicht dazu dienen, den Reformfokus auf Prozessinnovationen zu begrenzen. Das gesellschaftliche Umfeld unterscheidet sich fundamental von dem in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Deshalb müssen wir den Rahmen überdenken, in dem wir Demokratie und ihre Erneuerung denken. Antworten, die vor Jahrzehnten sinnvoll waren, sind heute – zumeist – nicht ausreichend. Viel wichtiger ist es, dass wir intensiv über die mentalen Modelle und Strukturen der Demokratie diskutieren. Prozessinnovationen im bestehenden demokratischen Rahmen werden nicht ausreichen. um der Demokratiekrise Herr zu werden.

Die öffentliche Meinung steht hier woanders. Der öffentliche Diskurs der meisten westlichen Demokratien hält die direktere Demokratie für die bessere Demokratie. Die Bilanz der letzten Jahre weckt jedoch fundamentalen Zweifel an diesem Glauben. Referenden zum Beispiel das populärste Mittel direktdemokratischer Beteiligung - sind ein absolut verfehltes Mittel, um die Demokratie zu vertiefen und zu verbessern. Das gilt insbesondere für Referenden zu hochkomplexen Sachverhalten – also gerade die Fragen, für die repräsentative Elemente entwickelt wurden. Die französischen und niederländischen Volksabstimmungen über die EU-Verfassung im Jahr 2005, das wiederholte irische Referendum über den Vertrag von Lissabon, das Brexitvotum 2016 oder auch das Verfassungsreferendum in Italien im selben Jahr: All diese Referenden haben das Manko direktdemokratischer Entscheide offenbart. Referenden verlangen von den Stimmberechtigten formal keinerlei Auseinandersetzung mit unterschiedlichen informierten Standpunkten, keinerlei obligatorischen Zeitaufwand für inhaltliche Beratung, keinerlei vertiefte individuelle Auseinandersetzung mit

¹⁴ Siehe hierzu insbesondere Smith, Graham: Democratic innovations. Designing institutions for citizen participation, Cambridge 2009.

¹⁵ Siehe bspw. Roth, Roland: Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur, in: Glaab, Manuela (Hg.): Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden 2016, S. 367–388.

¹⁶ Als einflussreiches Beispiel siehe Pateman, Carole: Participation and Democratic Theory, Cambridge 1970.

der Sachfrage, über die abgestimmt wird. Ebenso skeptisch stimmt die soziale Polarisierung, die den meisten direktdemokratischen Bürgerentscheiden zugrunde liegt. Entsprechende Instrumente ebnen heute Gutinformierten den Weg, ihre Themen und Interessen einzubringen, während ein niedrigerer Bildungsgrad mit einer deutlich niedrigeren Beteiligung einhergeht.

Die Debatte über direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung scheint übermäßig von ihrem binären Charakter geprägt. Befürworter einer direkteren Demokratie haben häufig nichts als Missachtung übrig für die Institutionen und Mechanismen der repräsentativen Demokratie. Sie geben nicht selten vor, den goldenen Schlüssel zur Rettung der Demokratie in den Händen zu halten. Fürsprecher des repräsentativen Modells hingegen reden die möglichen Vorzüge stärkerer Bürgerpartizipation klein. Das geht seit Jahrzehnten so – beide Seiten bringen ihre gelernten Argumente für bzw. gegen die Einführung bestimmter neuer Instrumente an. Beide verkennen, dass weder die Einführung noch Verhinderung einzelner Maßnahmen eine Antwort auf die heutigen demokratischen Herausforderungen in sich birgt. Vielmehr benötigen wir das Beste beider Welten, um anstehende Herausforderungen zu meistern, und - wohl noch wichtiger - grundlegend neue Ideen mit Blick auf die Frage, wie Demokratie sich erneuern lässt.

Wir können es uns nicht leisten, uns länger auf Ideen und Modelle zu beziehen, die in einem längst überholten Kontext entwickelt wurden. Deshalb gilt es nun, den Diskurs der demokratischen Innovation zum Transformationsdiskurs auszuweiten. Mit Blick auf die Sache gilt es, achtsam die Muster der gelernten – meist gänzlich fruchtlosen – Debatten zu meiden. Die grundlegenden Annahmen und Architekturen ebenso wie ihre fundamentalen Strukturen brauchen mindestens ebenso viel Aufmerksamkeit wie Ideen für Prozessreformen.

Mit anderen Worten: Statt ausschließlich zu erörtern, wie sich das Bild neu malen lässt, brauchen wir heute wohl mehr denn je eine Diskussion über den Rahmen, der das Bild trägt. Ja, wir brauchen Debatten über smarte Prozessinnovationen – und dann vor allem über ihre Implementierung. Aber wir müssen eben auch die mentalen Modelle der liberalen Demokratie neu evaluieren und, darauf aufbauend, ihre Parameter, Strukturen und Institutionen neu gestalten. Prozessinnovationen im bestehenden Rahmen werden die Demokratie nicht retten.

5. Demokratie für ein reichhaltigeres Leben

Seit den Boomphasen nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Gesellschaften des Westens ein enger Konnex zwischen materiellem Wohlergehen und Demokratie herausgebildet. Liberale Demokratie gleich materieller Wohlstand – eine Wechselbeziehung, die jahrzehntelang die kollektive Identität vieler westlicher Demokratien begründete. Heutzutage ist das Bild vom Bürger als Verbraucher omnipräsent; an mancher Stelle scheint individuelle Kaufkraft wichtiger zu sein als allgemeine Bürgerrechte.

Die Demokratie muss widerspiegeln, dass materieller Wohlstand lediglich einer von mehreren zentralen Parametern guten Lebens ist.

Im weltweiten wie historischen Vergleich genießen westliche liberale Demokratien heute gewaltigen materiellen Wohlstand. Der Fokus auf eine (mehr oder weniger) soziale, kapitalistische Marktwirtschaft hat dem Westen auf materieller Ebene eine hohe Lebensqualität eingebracht, die nach wie vor weltweit Strahlkraft entfaltet. Zweifelsohne wird es auch künftig Aufgabe von Politik und Staat bleiben, ein ausreichendes Maß materiellen Wohlstands sicherzustellen. Dennoch stellt sich heute die Frage, drängender denn je: Was folgt auf diese historische Errungenschaft? Was steht nach dem fast ausschließlichen politischen Fokus auf materielle Umverteilung an – und was bedeutet das für die Demokratie von morgen?

Aus der Psychologie ist bekannt, dass die Korrelation von individuellem Wohlstand und Wohlbefinden ab einem gewissen Wohlstandsniveau stark abnimmt. Menschen haben materielle Bedürfnisse – ein Ausdruck für unseren Wunsch nach dem Gefühl von Sicherheit. Zugleich verlangen wir nach Sinn, sozialer Verbundenheit, Wachstum und Autonomie. Materieller Wohlstand ist also lediglich einer von mehreren zentralen Parametern guten Lebens – und doch gehen politische Diskurse in westlichen Gesellschaften kaum auf die Bedürfnisse ein, die über materielle Sicherheit und (in gewissem Maß) Autonomie hinausgehen.

Diese Leerstelle ist der Potenzialraum für die Neugestaltung der liberalen Demokratie. Es bedarf Demokratien, die das Materielle transzendieren – es also aufgreifen und darüber hinausgehen, um Bezugssysteme für ein reichhaltigeres Leben jenseits materiellen Wachstums herzustellen.¹⁷ Dazu zählt eine intensivere Auseinandersetzung mit der Frage, wie Staatengebilde Folgendes begünstigen können: Wachstum und Entwicklung des Bewusstseins von Individuen und Gesellschaften; ein privat und beruflich sinnvolles und sinnstiftendes Leben; eine Verbundenheit, die unsere individuelle und kollektive "mentale Komplexität" befördert.

Wenn wir uns Gesellschaften wünschen, die ihr Wohlergehen losgelöst vom individuellen materiellen Wohlstand verstehen, müssen wir ein deutlich vertieftes Verständnis dafür entwickeln, was Bürger brauchen, um ein demokratisches Leben bei andauerndem Wandel gestalten zu können. Die heutigen (Weiter-)Bildungsrahmen sind hierbei noch nicht einmal ein Anfang - sie sind eher Hürde. Es gilt, Institutionen zu bauen, die eine kollektive Kompetenz für den Umgang mit einer komplexen Welt ausbilden. Dafür brauchen wir zuerst ein besseres politisches Verständnis dessen, was uns in zunehmend unmenschlicher Umgebung menschlich sein lässt. Was uns unter Stress gemeinschaftlich und demokratisch sein lässt, anstatt unseren sozialen Reflexen zur Fragmentierung nachzugeben. Was uns ein ganzheitliches Leben und eine integre Individualität ermöglicht in einer Welt, in der die Grenzen des materiellen Wachstums bei weitem überschritten sind.

Wenn wir uns für diese Fragen öffnen, ebnen wir den Weg für einen neuen politischen Diskurs – einen, der sämtliche menschliche Bedürfnisse berücksichtigt. Das ist überlebenswichtig. Es ist keine gangbare Alternative, materiell abgehängte Bürger mit ihren Fragen, Ängsten und Sorgen und der daraus entspringenden Wut alleine zu lassen.

17 Der Philosoph Jonathan Rowson argumentiert, Wohlbefinden und Glück seien die falschen Kategorien zur Vermessung des guten Lebens. Schließlich umfasse jedes Leben auch Leid: Der Tod von Familienangehörigen oder Freunden, Krankheit, Zeiten der Angst oder Unsicherheit – solche Erfahrungen lassen einen lernen und wachsen und sich als Individuum entwickeln. Rowson führt daher den Begriff Fülle ein – zu einem vollen Leben können Unglücklichsein und Phasen zählen, in denen man nicht wohlauf, aber doch zutiefst erfüllt ist. Siehe Rowson, Jonathan: Spiritualise. Revitalising Spirituality to address 21st Century Challenges, RSA, London 2014, S. 21.

6. Der Glauben an die Machbarkeit einer anderen Welt

Westliche Demokratien – vor allem die, die in der Finanzkrise eher glimpflich davongekommen sind – sind charakterisiert durch ein Paradox. Ihre Gesellschaften sind geprägt von einem kollektiven Gefühl des Zerfalls, und seien die ökonomischen Indikatoren auch noch so solide. Das Gefühl, dass wir tektonische Verschiebungen erleben, ist omnipräsent, ebenso wie die Angst, dass diese Verschiebungen die uns bekannte Welt zerstören könnten.

"Die uns bekannte Welt bricht zusammen, doch die Politik setzt alles daran, Normalität zu suggerieren und kleinteilige Lösungen für Nicht-Probleme zu finden."

Zugleich wirken die öffentlichen politischen Diskurse auf seltsame Weise satt und selbstzufrieden. Der Selbstzerstörungsmodus der Menschheit mit Blick auf die Klimakatastrophe, die Ungerechtigkeit der globalen Ungleichheit, die absehbaren Migrationsströme von Abermillionen... diese Themen sind in privaten Gesprächen überall präsent. Nur der formale Politikdiskurs scheint im Hier und Jetzt der ökonomischen Statistiken durchzukommen. Man streitet mit Eifer darüber, ob Sozialstaatsleistungen um 5 oder 20 Euro angehoben werden sollten; wie energieeffiziente Kühlschränke genau zu etikettieren sind; auf welche Weise Fußballergehälter zu deckeln seien. Die uns bekannte Welt bricht zusammen, doch die Politik setzt alles daran, Normalität zu suggerieren und kleinteilige Lösungen für Nicht-Probleme zu finden. Was liegen bleibt, sind die Zukunftsfragen von Menschheit und Ökosystem.

In der Synergetik, der Wissenschaft von komplexen, selbstorganisierten Systemen, spricht man vom Hystereseeffekt.¹⁸ Der Begriff bezeichnet das Phänomen, dass Menschen und Gesellschaftssysteme das, was sie immer zu tun pflegen, selbst dann tun, wenn das Umfeld völlig anderes Handeln erfordert. Viele in der Politik scheinen

¹⁸ Siehe Haken, Hermann/Schiepek, Günter: Synergetik in der Psychologie – Selbstorganisation verstehen und gestalten, 2006, S. 214.

dieser Dynamik verhaftet. Die Psychologie lehrt, dass Menschen bei Angst oder Stress dazu neigen, in gewohnte Muster und automatische Verhaltensweisen zu verfallen – auch wenn diese einer Lösung der akuten Probleme abträglich sind. Betrachtet man die gegenwärtigen Herausforderungen, wird mehr als deutlich, dass PolitikerInnen sich auf das scheinbar Machbare konzentrieren: Vorgaben konkretisieren, Pressemeldungen verfassen. Wie wir alle fühlen sie sich völlig überwältigt von den existenziellen Krisen unserer Zeit. Menschlich ist das verständlich – und auch aus professioneller Sicht, denn die meisten politischen EntscheiderInnen sind von den Grenzen regionaler, nationaler und selbst europäischer Gestaltungsmöglichkeiten höchst frustriert.

Zusammengenommen jedoch sind diese nachvollziehbaren individuellen Verhaltensmuster eingeschränkten Handelns eine Katastrophe. Wenn sich diejenigen, die wir an die Macht wählen, nicht selbst Gestaltungsmacht zuschreiben, muss Demokratie scheitern. In persönlichen Gesprächen haben sich Bundestagsabgeordnete und Staatsbeamte der höchsten Ebenen mir gegenüber mit voller Überzeugung als machtlos bezeichnet – eine selbsterfüllende Prophezeiung. Wer glaubt, nichts verändern zu können, wird nie die Macht beanspruchen, die es braucht, um als Mensch Dinge zu verändern.

"Wir brauchen DemokratInnen, die den spektakulären Versuch anstreben, und die folglich das spektakuläre Scheitern als ehrenwert erkennen."

Wir stehen vor der Mammutaufgabe, die nationalen und internationalen Architekturen für Politikmachen zu erneuern. Um das zu schaffen, brauchen wir Menschen, die sich die Gestaltungsmacht zuschreiben, mit der dies überhaupt erst möglich wird. Das erfordert mehr als ein formales politisches Mandat – es bedarf individuellen Wagemuts und der selbst erteilten Erlaubnis, das angeblich Unmögliche zu versuchen. Es braucht Menschen, die wissen: das Menschengemachte lässt sich immer ändern. Die größte Hürde dorthin sind limitierende Überzeugungen, die Transformation schon im Keim ersticken. In einer Welt ohne Alternativen ist das bessere Morgen nichts als ein Traum.

Bei der illiberalen Rechten streben viele mit Kraft nach dem angeblich Unmöglichen. Man denke an Donald Trump, der von der Überzeugung angetrieben wird, alles erreichen zu können. Wie abstoßend seine Agenda und Handwerkszeuge auch sein mögen – Progressive können von seinem Sendungsbewusstsein lernen. Wir brauchen liberale DemokratInnen, die sich selbst Gestaltungsmacht anmaßen, und zwar noch lange bevor sie die demokratische Autorisierung von anderen suchen. Wir brauchen DemokratInnen, die den spektakulären Versuch anstreben, und die folglich das spektakuläre Scheitern als ehrenwert erkennen.

Was wir auch immer an guten Ideen haben für die Erneuerung der Demokratie – sie sind nichts wert ohne Individuen, die maximale Verantwortung auf sich nehmen. Individuen, die ihr Bestes tun, um Großartiges zu vollbringen: für die Demokratie und diesen Planeten.

Autor



Hanno Burmester ist Policy Fellow von Das Progressive Zentrum und Strategic Lead des Democracy Lab, der Plattform des Think-Tanks für Projekte zur Innovation der Demokratie. Er fokussiert sich auf grundlegende Fragen zur Zukunft der Demokratie.

Der vorliegende Artikel ist mit ermöglicht worden durch die Unterstützung der Foundation for European Progressive Studies (FEPS). Eine vertiefte Ausarbeitung dieser Gedanken findet sich im Papier Beyond (this) democracy. 7 sketches towards a new democratic purpose desselben Autors (Progressives Zentrum, 2018).

Das Democracy Lab

Plattform für demokratische Innovationen im Progressiven



Zentrum. Das Lab vernetzt und fördert Projekte, die Herangehensweisen und praktische Lösungsansätze für die Innovation der liberalen Demokratie und die Stärkung politischer Akteure/innen und Institutionen entwickeln. Die Projekte im Lab sind interdisziplinär und international und werden in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnerorganisationen umgesetzt.



im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie Leben!

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel der Organisation ist,



neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.

Die Discussion Papers von Das Progressive Zentrum richten sich vor allem an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, neue Entwicklungen aufzuzeigen, Rechtspopulismus zu begegnen und mit Denkanstößen für eine fortschrittliche und gerechte Politik progressive Debatten in Deutschland und Europa anzutreiben.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018 Ausgabe: August 2018 V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert c/o Das Progressive Zentrum e.V. Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina

Niewiedzial

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org mail@progressives-zentrum.org www.facebook.com/dasprogressivezentrum twitter: @)DPZ_Berlin

Gestaltung: 4S und Collet Concepts Layout: somethingcreative.agency